

N i e d e r s c h r i f t

**der 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.03.2005**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Stadthaus, Kleiner Saal

Zeit:

16:00 Uhr bis Uhr 19:00 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Uwe Heft	PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS	ab 17:30 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	
Herr Dietmar Weirich	GRÜNE	
Herr Tilo Biesecke	SKE	
Herr Matthias Dreler	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Plo	SKE	
Herr Heiner Schneider	SKE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	ab 18:30 Uhr
Frau Franziska Godau	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Felke	SPD
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE

1. Besichtigung des MMZ (Treffpunkt am MMZ)
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift
5. Vorlagen
 - 5.1. Bebauungsplan Nr. 31.6 Wörmlitz-Kirschberg (Ehemalige Garnison) - Ost, 1. Änderung
- Aufstellungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2004/04637
 - 5.2. Bebauungsplan Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2004/04670
 - 5.3. Bebauungsplan Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell - Satzung über die Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich
Vorlage: IV/2004/04668
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Änderung der Vorgartensatzung
Vorlage: IV/2005/04693
 - 6.2. Antrag der PDS-Fraktion zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden als Pilotvorhaben
Vorlage: IV/2004/04648
 - 6.3. Antrag der SPD-Fraktion - betreffs Absperrung des Landschaftsschutzgebietes zwischen Äußere Lettiner Straße/Einmündung Fuchsbergstraße bis zur Straße An der Kiesgrube
Vorlage: IV/2004/04661
7. Anfragen von Stadträten
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. mündliche Mitteilung zum Riebeckplatz
 - 9.2. Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 10.02.2005
Vorlage: IV/2005/04782

zu 1 Besichtigung des MMZ (Treffpunkt am MMZ)

zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Herr Sänger eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Bebauungsplan Nr. 31.6 Wörmlitz-Kirschberg (Ehemalige Garnison) - Ost, 1. Änderung
- Aufstellungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2004/04637

Wortprotokoll:

Frau Dr. Merk gab Erlauerungen zur Änderung des Bebauungsplanes.

Herr Heft fragte, ob die Kosten für die Änderungen vom Bauträger übernommen werden. Dies wurde bestätigt.

Herr Lehmann sprach die Hoffnung aus, dass dies ein erster Schritt zur Öffnung der Kaiserslauterer Str. sei.

Herr Plo wies auf das Zentrenkonzept hin und äußerte Bedenken, dass die Ansiedlungen nicht im erwarteten Umfang stattfinden könnten und der Bau des Zentrums dann nicht gerechtfertigt sei.

Frau Dr. Merk stellte dem entgegen, dass das Zentrum nicht im unbesiedelten Raum entstehen würde und es sich nicht allein um einen Einkaufsmarkt handelt.

Herr Biesecke und **Herr Dreler** fragten nach dem Abstand zur Wohnbebauung und damit evtl. verbundener Lärmbelästigung.

Frau Dr. Merk antwortete, dass dies im B-Plan-Verfahren nachgewiesen werden muss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31.6, Halle-Wörmlitz, Kirschberg-Ost, Kaiserslauterer Straße, mit örtlichen Bauvorschriften. Der Geltungsbereich der 1. Änderung ist in dem Lageplan unter Nr. 4 dieser Beschlussvorlage räumlich bestimmt.
2. Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31.6, Halle-Wörmlitz, Kirschberg-Ost, Kaiserslauterer Straße, gemäß § 10 des Baugesetzbuches als Satzung und stimmt der beigefügten Begründung zu.

**zu 5.2 Bebauungsplan Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2004/04670**

Wortprotokoll:

Herr Geuther fragte, ob der B-Plan ein Hindernis für den grundhaften Ausbau der Chemiestr. ist; ob Kreisverkehre notwendig sind, da sie den LKW-Verkehr behindern; ob Busbuchten geplant sind, um den fließenden Verkehr nicht aufzuhalten.

Herr Möbius: der B-Plan behindert den Ausbau der Chemiestr. nicht, im Gegenteil; der B-Plan beinhaltet keine Straßenplanung, diese wird in einem gesonderten Gestaltungsbeschluss vorgelegt werden, dann Diskussion über verkehrliche Anlagen

Herr Heft fragte nach einem Ersatz für die Begegnungsstätte „Rattenschlösschen“.
Wird schriftlich beantwortet.

Herr Lehmann fragte, ob die Veränderungssperre in bereits geplante Vorhaben eingreift und ob Einvernehmlichkeit mit den Anliegern hergestellt sei.

Herr Weber antwortet, dass es ein geplantes Vorhaben für ein Einfamilienhaus gibt. Die Veränderungssperre sei ein Instrument, um alle Bauvorhaben (auch die genehmigungsfreien) prüfen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Enthaltungen 3

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.139, Gewerbestraße Ammendorf / Radewell
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell -
Satzung über die Veränderungssperre für den künftigen
Geltungsbereich
Vorlage: IV/2004/04668**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Enthaltungen 3

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 16 BauGB die Satzung über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des B-Planes Nr. 139.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veränderungssperre ortsüblich bekannt zu machen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Änderung der Vorgartensatzung Vorlage: IV/2005/04693

Wortprotokoll:

Frau Prof. Vent fragte, ob es sinnvoll sei, den Antrag jetzt zu behandeln, da eine Änderung der Landesbauordnung angekündigt ist.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass aufgrund des neuen Investitionserleichterungsgesetzes, sich die Rahmenbedingungen für den Erlass und die Umsetzung von Satzungen ändern. Die Erhaltung von Vorgärten müsste dann besser in Erhaltungssatzungen verankert werden.

Herr Dr. Hannuschka ergänzte, dass die bestehende Vorgartensatzung nach Beschluss des Landtages zum neuen Gesetz, nichtig sein wird.

Herr Dr. Pohlack bestätigte, dass die Verwaltung den im Antrag beschriebenen Arbeitsauftrag zur Überarbeitung der Vorgartensatzung bzw. der Erhaltungssatzungen angenommen hat.

Abstimmungsergebnis:

Wird als erledigt betrachtet.

zu 6.2 Antrag der PDS-Fraktion zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit den Stadtumlandgemeinden als Pilotvorhaben Vorlage: IV/2004/04648

Wortprotokoll:

Herr Dr. Köck erläuterte den Antrag.

Herr Sänger war der Meinung, dass FNP-Pläne mit den Umlandgemeinden das Gesetz für die Gründung von Zweckverbänden verkomplizieren, da die Zeit knapp ist. Die Zweckverbände müssen bis zum 30.06.2006 gegründet sein.

Herr Dr. Pohlack betonte, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag noch gelte. Zur Zeit würden eine große Anzahl von Initiativen zur Gründung von Zweckverbänden an die Stadtverwaltung herangetragen. Zur Beurteilung dieser Initiativen benötigt die Verwaltung Zeit.

Herr Wehrich fragte, ob es einen Problemdruck wegen der DHL-Ansiedlung gibt, die eine FNP-Erarbeitung mit den Umlandgemeinden notwendig macht.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass dieser Druck grundsätzlich besteht, da großflächige Ansiedlungen im Umland eigentlich ins Oberzentrum gehören.

Herr Wehrich sah keinen Problemdruck, da im Hinblick auf Ansiedlungen alles gelaufen ist und in Zukunft diese Fragen über den Regionalplan geregelt werden. Die Notwendigkeit für einen gemeinsamen FNP mit den Umlandgemeinden sei damit nicht vorhanden. Halle kann ihre Themen in den Regionalplan einbringen.

Herr Heft meinte, dass der Regionalplan die Stadt-Umland-Fragen nicht scharf genug im Detail darstellt. Es müssten sektoral Zweckverbände oder andere Formen der Zusammenarbeit gebildet werden.

Herr Eigenfeld fragte, ob mit den betroffenen Gemeinden hinsichtlich eines gemeinsamen FNP schon gesprochen wurde.

Herr Dr. Köck erläuterte, dass die Frage zunächst in der Stadt geregelt werden muss. Er hielt die Zweckverbände für ein zu schwerfälliges Steuerungsinstrument.

Herr Biesecke fragte, ob es nach BauGB rechtlich möglich ist, dass die Stadt mehrere FNP-Pläne aufstellt. Er sah die Gefahr der Zersplitterung.

Frau Dr. Merk meinte, dass man die Ergebnisse der jetzt entstehenden Arbeitsgruppen abwarten sollte.

Herr Dr. Köck erläuterte, dass in den FNP mit den Umlandgemeinden nur die angrenzende Stadtteile einbezogen werden, sozusagen aus dem FNP der Stadt „ausgeschnitten“ werden.

Herr Lehmann begrüßte die Idee im Grundsatz und war der Meinung, dass zunächst der politische Wille gebildet werden muss, um Vereinbarungen zu treffen (auch in den Kreistagen).

Herr Heft betonte, dass es schon Heute die Notwendigkeit der Abstimmung gibt, z.B. beim Nahverkehrsplan.

Herr Dr. Pohlack schlug vor, auf den Antrag zurückzukommen, wenn Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt ohne Termin

**zu 6.3 Antrag der SPD-Fraktion - betreffs Absperrung des
Landschaftsschutzgebietes zwischen Äußere Lettiner
Straße/Einmündung Fuchsbergstraße bis zur Straße An der
Kiesgrube
Vorlage: IV/2004/04661**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 2

zu 7 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

- **Frau Prof. Vent** fragte, warum die Baugenehmigung für den „Kühlen Brunnen“ schon erteilt sei, obwohl eine Wiedervorlage im Gestaltungsbeirat vorgesehen war und diese bisher nicht durchgeführt worden ist.

Herr Dr. Hannuschka antwortete, dass nach vierteljährigem Baustopp, die Unterlagen so vervollständigt wurden, dass aus rechtlichen Gründen eine Genehmigung erteilt werden musste. Der Gestaltungsbeirat ist keine rechtliche Institution.

Herr Lehmann meinte, dass Bauvorhaben so schnell wie möglich genehmigt werden sollten. Der Gestaltungsbeirat könne kein Kriterium für eine Zeit verzögernde Genehmigung durch den FB Bauordnung sein.

Frau Prof. Vent forderte, dass das Vorhaben als Information im nächsten Gestaltungsbeirat vorgestellt wird.

Frau Dr. Merk informierte, dass der Gestaltungsbeirat ein Interesse an der Information habe, bisher aus zeitlichen Gründen eine Wiedervorlage nicht möglich war, da der Bauherr sein Einverständnis nicht gegeben hatte.

- **Herr Bauersfeld** fragte, nach dem Baubeschluss Voßstrasse. Er hätte wenig Informationen darüber, ob der Planfeststellungsbeschluss bereits ergangen ist und ob die HAVAG die Planung für die Voßstrasse übernommen hat. Weiter merkte er an, dass die er aus dem Kreis der Franckeschen Stiftungen gehört habe, die Stadtverwaltung würde nicht auf die Bedürfnisse der Franckeschen Stiftungen eingehen, die Planer seien beratungsresistent, die Franckeschen Stiftungen sollen die Lärmschutzwand an der

Montessorischule selbst finanzieren und die Verwaltung sein nicht gewillt, eine einvernehmliche Lösung für den Fuß- und Radweg herzustellen.

Nachdem **Herr Möbius, Frau Dr. Merk und Herr Lehmann** versucht hatten, eine Richtigstellung der Sachlage herzustellen, wurde beschlossen, im nächsten PA am 12.04.2005 eine mündliche Information zum Bauvorhaben Straßenbahnneubau/ Voßstrasse/ Franckesche Stiftungen zu geben.

- **Herr Dr. Eigenfeld** fragte, wie die Verwaltung das Problem der Schallschutzwand Franckesche Stiftungen lösen will, der Vorstand sei bereit, zu klagen.

Frau Dr. Merk antwortete, es sei normales Verwaltungshandeln die Bedenken auszuräumen und eine Klage zu verhindern. Bisher habe es einen guten Dialog mit den Franckeschen Stiftungen gegeben.

- Weiter wollte **Herr Dr. Eigenfeld** wissen, welche Auswirkungen das neue Hochwasserschutzgesetz auf das Bauvorhaben Ratswerder (Vorstellung im Gestaltungsbeirat) hat.

Herr Dr. Hannuschka antwortet, dass der Bauantrag zur Zeit bei der Unteren Wasserbehörde liegt und dort beurteilt wird.

- **Herr Wehrich** stellte folgende Fragen zum Bauvorhaben am Bruchsee:

- Bürger haben Bedenken wegen des Standortes für den Kletterturm geäußert, kann dieser nördlich des Bruchsees gebaut werden?

- Wie ist der Zeitplan für die Umsetzung des Bauvorhabens?

- Gibt es eine Abstimmung mit der IG Klettern?

- Wurde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt?

Herr Dr. Pohlack erklärte:

- die befürchtete Lärmbelästigung geht nicht vom Kletterturm aus (ruhige Sportart)

- dieses Jahr soll das Vorhaben umgesetzt werden.

- die IG Klettern unterstützt das Projekt

- es gab eine langfristige und umfangreiche Diskussion mit den Bürgern

- **Herr Lehmann** fragte, wann damit zu rechnen ist, dass die Lösung des Parkplatzproblemes an der Neuen Messe abgeschlossen ist.

Herr Dr. Pohlack erklärte, man habe sich auf eine bezahlbare Lösung geeinigt, die aber der Forderung der Messe zusätzlich zu den vereinbarten 1000 Stellplätzen weitere 1000 Stellplätze durch die Stadt herrichten zu lassen, nicht nachkommt. Ursprünglich hatte die Messe versprochen, weitere Betriebe anzusiedeln, die eine GA-Förderung mit sich gebracht hätte. Da dies nicht geschehen ist, können die Stellplätze nicht aus Fördermitteln finanziert werden. Die Stadt muss sie finanzieren. Die von der Messe geforderte Variante des Parkplatzes hätte 130 T€ gekostet, die nun vereinbarte einfachere Variante (geschotterte und aufgeschüttete Flächenbefestigung) kostet 80 T€.

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 mündliche Mitteilung zum Riebeckplatz

Wortprotokoll:

Herr Sterzing stellte den weiteren Baufortschritt am Riebeckplatz vor.

Eine Besichtigung der Baustelle zum PA Mai wurde von der Verwaltung vorgeschlagen.

zu 9.2 Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 10.02.2005
Vorlage: IV/2005/04782

Wortprotokoll:

Frau Prof. Vent fragte, ob das Bauvorhaben auf dem Ratswerder unabhängig von der Empfehlung des Gestaltungsbeirates genehmigt werden kann.

Frau Dr. Merk erklärte, dass der Gestaltungsbeirat ein empfehlendes Gremium ist und der Bauherr ein Recht auf zeitnahe Bescheidung durch den FB Bauordnung hat.

Frau Prof. Vent vertrat die Meinung, dass städtische Eigenbetriebe wie der Zoo eine Vorbildfunktion haben müssten, indem ihre Projekte im Gestaltungsbeirat vorgestellt würden. Sie schlug vor, einen Antrag zur Änderung der Satzung des Gestaltungsbeirates einzubringen.

Herr Dr. Pohlack schlug vor, eine hausinterne Gesellschafteranweisung durch die OB einer Satzungsänderung vorzuziehen. Eine Verständigung in dieser Richtung gibt es bereits.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Schmiedehaus Protokollführerin	Dr. Pohlack Beigeordneter	gez. Sänger Vorsitzender
-----------------------------------	------------------------------	---------------------------------------